

Deswegen bitte ich das Präsidium dringlichst, in unserer Geschäftsordnung darüber nachzudenken, daß nicht durch solche Anträge zu schon bearbeiteten Gesetzen in diesem Hause eine Politik betrieben wird, die die Entscheidungsfindung der einzelnen Fraktionen erschwert.

(Vereinzelt Beifall)

(Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner: Dazu habe ich dann irgendwann noch einmal Erklärungsbedarf, was das für die Geschäftsordnung bedeutet.)

Ich muß es also noch einmal ganz deutlich sagen: Wir sind in den Ausschüssen damit befaßt. In den Ausschüssen sind alle Fraktionen vertreten. Alle Fraktionen haben sich rechtzeitig mit diesen Gesetzesvorlagen zu befassen. Es sind auch viele Möglichkeiten gegeben, diese einzelnen Bedenken in diese Ausschubarbeit einzubringen. Und deswegen finde ich es außerordentlich belastend, wenn durch diese zusätzlichen Anträge unsere kostbare Zeit durch nicht wahrgenommene Arbeit in den Ausschüssen belastet wird.

(Unruhe bei SPD, Bündnis 90/Grüne und PDS)

(Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner: Wir verhandeln jetzt freilich über einen Abänderungsantrag der CDU-Fraktion.)

Dr. Wöstenberg (Die Liberalen):

Offensichtlich hat die PDS den Antrag im Ausschuß eingebracht. Für meine Entscheidungsfindung wäre es jetzt wichtig - ich glaube, das Anliegen ist im Hause ohnehin unstrittig, wie Beifall und Gegenreaktion gezeigt haben -

(Beifall, vor allem bei CDU/DA)

da wir offensichtlich jetzt hier über ein größeres Finanzvolumen beschließen, die Frage beantwortet zu bekommen, welchen Personenkreis und welche Zahl das ungefähr betreffen wird, welche Finanzmittel erforderlich sind und ob sie zur Verfügung stehen. Das scheint mir zum jetzigen Zeitpunkt eine wichtige Frage.

(Beifall, vor allem bei CDU/DA)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Danke schön. Zur Geschäftsordnung.

Abgeordneter von CDU/DA:

Das Gesetz heißt „Angleichung der Bestandsrenten“. Das heißt, wir haben durch den Staatsvertrag den Rahmen der jetzt existierenden Renten vorgegeben. Wenn jetzt zu der Kriegsofferversorgung auch eine Versorgung der Zivilgeschädigten aufgenommen wird, ist das eine eindeutige Erweiterung des Rahmens. Im Inhalt sind wir uns völlig klar. Daher auch das Abstimmungsergebnis. Wir müssen schnellstmöglich eine Lösung finden. Nur, sie müßte eben auch juristisch so sein, daß wir die zur Verfügung stehenden Mittel dann auch haben. Ich bedauere, daß die Ministerin nicht da ist. Sie könnte vielleicht ein klärendes Wort sagen. Nur, klar muß sein, daß wir den Rahmen des Staatsvertrages, der ja beschlossen ist, damit überschreiten. Wenn die Kammer diesen Versuch macht und unterstützt, dann können wir eine Initiative in dieser Richtung starten. Unsere Sympathien für diesen Weg sind klar. Die Frage ist: Wie groß sind die Chancen, daß das gut geht? Ich wünsche Ihnen die besten Chancen, und daher diese erforderliche Klärung über den Umfang, über den Kreis der Betroffenen, über den Weg der Begutachtung und über die wirklich zur Verfügung stehenden Mittel. Ich denke, daß an diesem Punkt die Bereitschaft, die Mittel zur Verfügung zu stellen, besonders groß sein wird. Aber geklärt werden muß diese Frage.

(Vereinzelt Beifall)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Danke schön. Zur Geschäftsordnung, bitte.

Krziskewitz (CDU/DA):

Haushaltsausschuß. Nach meiner Ansicht müßten Gesetze ...

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Moment, Sie haben sich zur Geschäftsordnung gemeldet. Sie können jetzt nur zur Geschäftsordnung sprechen. Sie haben sich sonst das Wort in der Reihenfolge zu zeitig erworben. Wenn Sie zur Sache sprechen wollen, können Sie das gern, dann sind Sie aber erst als nächster dran.

Krziskewitz (CDU/DA):

Gesetze mit finanziellen Auswirkungen dieser Größenordnung müßten im Haushaltsausschuß mit beraten werden. Das halte ich für eine Selbstverständlichkeit in einem Parlament.

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Sie hätten gern einen Überweisungsantrag an den Haushaltsausschuß stellen können. Das wäre ein klarer Geschäftsordnungsantrag gewesen. Soll ich Ihren Beitrag als einen solchen verstehen? Dann müssen Sie ihn noch einmal so formulieren.

Dr. Kröger (PDS):

Ich möchte darauf aufmerksam machen, wenn der Vorsitzende Altman davon spricht, daß wir Bestandsrenten verändern: In diesem Gesetz sind sehr wohl tiefgreifende Veränderungen bei den bestehenden Regelungen der Bestandsrenten vorgenommen worden. Ich verweise nur darauf, daß zum Beispiel die Obergrenze bei gewissen Rentenformen bei 1500 Mark liegt.

Hier werden schon Mittel eingespart, die man unbedingt auch für diesen Zweck einsetzen könnte.

(Vereinzelt Beifall)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Danke schön. - Ich sehe jetzt keine weiteren Wortmeldungen. - Bitte schön!

Dr. Ing. Krüger (CDU/DA):

Herr Präsident! Ich bitte um eine zehnmünütige Auszeit zur Klärung dieses Punktes in den Fraktionen.

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Ich würde Ihnen Vorschlägen, daß wir zunächst den nächsten Abänderungsvorschlag, der uns vorliegt, beraten und vor der Schlußabstimmung die Pause machen.

(Dr.-Ing. Krüger, CDU/DA: Einverstanden!)

Dann könnten wir uns damit die Arbeit erleichtern. Danke schön!

Damit ist die Aussprache zum Absatz 5 in § 7 beendet.

Wir kommen zu einem weiteren Abänderungsantrag der SPD-Fraktion, betreffend die Einführung eines §25a nach dem §25. Der § 25 befaßt sich mit der Überführung bisher erworbener Anwartschaften. - Die Vertreterin der Fraktion der SPD, bitte schön!